

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages. Bezugspreis: Monatlich 5000 Mark. Einzelne Nummern 200 Mark. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 400 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 R., unter Eingangs 1000 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren. Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 85

Donnerstag, 12. April

1923

England wünscht eine deutsche Erklärung

London, 11. April.
Hier ist man sich immer noch im Unklaren, ob man dem Schritt Loucheurs größere Bedeutung beimessen soll. Augenscheinlich wünscht die Herbeiführung. Man erwartet ungeduldig eine offizielle Erklärung der deutschen Regierung, weil man sieht, daß England selbst nicht weiter vorwärts gehen will, in das Reichswasser der polenpolitischen Politik zu gleiten. So bedauert der „Manchester Guardian“, daß Rosenbergs Vorschlag, die Reparationsfrage vor ein unparteiisches Tribunal zu bringen, in eine Wolke von Zweideutigkeit gehüllt sei. Das Blatt erklärt, Reichskanzler Cuno würde wahrscheinlich die beste Erklärung für Verhandlungen machen, wenn er dieses Angebot ohne Bindung erneuert. „Daily Telegraph“ ist erneut bemüht, die Diskussion in Gang zu bringen. Ein Leitartikel vertritt mit Bezug auf die deutsche Aufforderung zu greifbaren Vorschlägen, daß nichts geschehen könne, solange Berlin sich weigert. Man erwartet nicht, daß die Berliner Regierung jede Idee, die von alliierter Seite im Verlauf der Diskussion anstünde, öffentlich als annehmbar oder erträglich bezeichne. Deutschland sollte sich klarmachen, daß jeder deutsche Vorschlag bessere Chance hat, wenn die alliierten Regierungen nicht mehr zur Kooperation untereinander bereit seien. Bei derartigen Umständen ist zu beachten, daß die englisch-französische Kommission nunmehr wieder dem Punkt näherkommt, wo französischerseits erheblich größere finanzielle englische Konzessionen verlangt werden, als bisher beabsichtigt wurden. Um so größer ist das englische Bedürfnis danach, daß Deutschland an der Diskussion teilnehme; das Ausmaß der englischen Konzession hängt von der Aussicht ab, die gesamten schwerwiegenden Fragen zu regeln. Nach dem „Daily Telegraph“ sieht Loucheur sogar eine völlige Streichung der englischen Schuld voraus. Das Blatt hält Poincarés These bezüglich der Räumung der Ruhr für vereinbar mit der Auffassung Loucheurs, indem die interalliierte Experten-Kommission zur Überwachung der Sachleistungen in Giffen verbleiben könne.

Cunos „lügnerische Leichenrede“

Paris, 11. April.
„Matin“ und „Zeit Pariser“ kommentieren die Rede des deutschen Reichskanzlers aus Anlaß der Trauerfeier im Reichstag überhaupt nicht. Dagegen bringen der „Figaro“ und „Gaulois“ lange Artikel über die Worte des Kanzlers. Der „Figaro“ fällt durch ein ungewöhnliches Maß von Heuchelei auf, wenn er von der „lügnerischen Leichenrede“ spricht und behauptet, daß alle deutschen Staatsmänner von der „Ränne der Lüge“ befallen seien. Der Kanzler habe gewagt, die französischen Behörden der „ungerechten Gewalt“ zu beschuldigen und ihnen die Verantwortung für das verbrecherisch veropferte Blut aufzubürden, „als wenn das Protokoll des Arbeiterrates nicht auslagere, daß die französischen Soldaten unabweislich von der Menge erdrückt und vernichtet worden wären, wenn sie nicht von den Waffen Gebrauch gemacht hätten.“ Dieser Satz, der sich nicht in dem Protokoll des Arbeiterrates befindet, ist eine bewusste Fälschung. Die Opposition dagegen, sowohl die Opposition der Rechten wie die Opposition der Gemäßigten, nimmt die Rede ergebnislos an. Weder Tardieu im „Echo National“ noch die Politiker des „Deuore“, der „Ere Nouvelle“, die „Quotidien“ und andere Blätter unterschätzen die Wichtigkeit der Erklärungen Cunos. Für Tardieu beweist die Rede auf neue, daß Frankreichs Lage schwächer geworden sei. Aus den Worten des Kanzlers spricht die Erkenntnis, daß Frankreich auf einen Erfolg nicht mehr reime. In der Zeitung „Deuore“ betont Lemerle die Wichtigkeit der deutschen Erklärung: „Nur am Tage der Opfer sind wir bereit, zu verhandeln, ohne daß wir dazu gezwungen sind.“ Diese

Bereitschaft sei ein Schritt vorwärts, der nicht unbeachtet bleiben könne. Lemerle hält es auch für möglich, daß die offiziellen Kreise des Quai d'Orsay immer Vorschläge von Deutschland verlangen, aber sich gleichzeitig weigerten, auf gleichem Fuße mit Deutschland zu verhandeln. Diese Haltung sei vollkommen sinnlos.

Loucheurs Plan nicht im ernstlichen Widerspruch mit Poincarés Absichten

London, 12. April.
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Der französische Vorkämpfer hat gestern beim Foreign Office vorgesprochen. Er scheint jedoch im Laufe der längeren Unterredung keine besondere Mitteilung Poincarés in der Frage des Besuchs Loucheurs überbracht zu haben. Vielleicht behält er sich eine derartige Mitteilung für eine Zusammenkunft mit Honorar Law vor, die vermutlich bald stattfinden wird. Es sei nicht vollkommen sicher, ob Poincaré es für zweckdienlich erachte, die genannten Absichten seiner Regierung bezüglich einer Regelung mit Deutschland durch die Sozialisten den Alliierten Frankreichs zu erläutern, bevor er öffentlich seine Politik am Sonntag in Brüssel darlegt habe. Die wichtigste Bedeutung könne dem Bericht beigemessen werden, daß Loucheur an dieser Veranstaltung teilnehmen werde und

seine Anwesenheit dabei müsse die Ansicht vertreten, daß seine Gedanken über die Reparationen mit denen Poincarés (wenn auch keine Differenzen noch immer bestanden) einmütig im Widerspruch stehen. Tatsächlich sei die Bedeutung der von Loucheur bei seinem Besuch in London dargelegten Politik durch den Umstand erhöht worden, daß seine Politik die allgemeine, obwohl nicht formelle Unterstützung des Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou genieße. Dieser sei von Loucheur in technischen Punkten zu Rate gezogen worden. Außerdem sei, daß Barthou vor kurzem den Plan durchaus günstig umgesehen habe. Allgemein gesprochen ist daher Loucheurs Plan wenigstens in seinen wesentlichen Punkten, nämlich der Gesamtentschädigung von 52 Milliarden, von denen 26 Milliarden von Frankreich beansprucht werden dürften, vorher der grundsätzlichen Zustimmung sowohl des Präsidenten als auch des Ministerpräsidenten sicher gewesen. Es würde nichts mit diesem Plane Unvereinbares bedeuten, wenn Poincaré den Standpunkt bekräftigt, daß er keine weitere Herabsetzung an Frankreich annehmen würde, und sich nicht vollständig von der grundsätzlichen Haltung trennen würde, bevor der gescheiterte Versuch gescheitert sei. Das Wort „vollständig“ sei von größter Bedeutung.

Der Reichstag vor großen Entscheidungen. Ein weitgehendes Angebot Rosenbergs?

Es ist mehr als wahrscheinlich, daß der Reichstag in dieser Sitzungsperiode noch vor große Entscheidungen auf dem politischen Weg gestellt wird. Die Besprechungen Loucheurs in London und die durch sie getriebene Verhandlung zwischen Frankreich und England fanden am Mittwoch in den Wandelgängen des Reichstags große Beachtung. Trotz der Ankündigung Poincarés, daß keine Schwärzung der französischen Reparationspolitik stattgefunden habe, glauben maßgebende Politiker doch, daß gerade durch die Londoner Besprechungen und die über sie offiziell und inoffiziell aber zuverlässig gemachten Verlautbarungen eine Möglichkeit der schnellen Verständigung gegenwärtig nicht ausgeschlossen ist. In Anbetracht dessen ist es berechtigt, wenn man nicht nur bei den Linksparteien, sondern auch bei der Volkspartei nachmittagszusammentrat, um eingehend über diese Frage zu beraten. Auch die in Anwesenheit des Reichskanzlers zusammengetretenen Abwechslungsversuche aus dem all- und mehrheitlichen Gebiet waren überlegen der Meinung, daß die deutsche Außenpolitik aktive Formen annehmen muß, ohne auch nur den geringsten Zweifel darüber zu lassen, daß der passive Widerstand fortgesetzt werden soll, bis eine aktive Politik zur Verständigung führt. Nichts soll die deutsche Außenpolitik insoweit werden, als die deutsche Regierung der Welt an Hand eines Planes zeigt, wie sie sich die Lösung des gegenwärtigen, die Weltwirtschaft erschütternden Konfliktes vorstellt.

Es hat übrigens den Anschein, daß sich auch ein Teil der Reichsminister der Notwendigkeit einer erhaltenden zielbewussten Außenpolitik nicht verschließt, und daß bald in diesem Sinne gehandelt wird. Wichtige Entscheidungen sind deshalb für die nächste Zeit nicht ausgeschlossen.

Wie mehrere Blätter berichten, hat der Reichskanzler die Parteiführer für heute zu Besprechungen gebeten. Die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der Sozialdemokratie und der Deutschnationalen Volkspartei werden vom Reichskanzler gesondert empfangen werden.

Hauptgegenstand der Besprechungen soll den Wärttern zufolge die Rede des Reichsministers des Äußeren v. Rosenberg bilden, die dieser bei Beratung des Staats des Auswärtigen Amtes halten wird.

Auffeinerregend sind die Mitteilungen, die der Berliner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ seinem Blatt macht. Er will nämlich erfahren haben, daß in den höchsten Berliner Regierungskreisen davon gesprochen werde, Deutschland wolle direkte Reparationsanträge machen. Die Nachrichten aus London hätten tiefen Eindruck auf das Kabinett Cuno gemacht. Es habe sich aber gezeigt, daß Deutschland eine Initiative ergreifen und seine passive Haltung aufgeben müsse. Außenminister Dr. v. Rosenberg werde ein weitgehendes Angebot in der Reparationsfrage machen als Staatssekretär Dr. Bergmann dies auf der Pariser Konferenz habe überlegen wollen. Man nehme in Berlin an, daß England bereit wäre, zum Anlauf von Hoffnungen weitgehende Kredite zu gewähren, und daß es zustimmen würde, daß die Ergebnisse einer internationalen, von Deutschland zu garantierenden Konferenz den Alliierten Mächten zur Verfügung gestellt würden. Deutschland werde 30 Milliarden Goldmark anbieten und werde wünschen, daß Frankreich davon den größten Teil erhalte. Die Zustimmungen würden sich bereit erklären, durch ihre Unternehmungen antwortliche Kautelen zu garantieren. Besonders der von England ausgehende Druck habe zu dem Entschlusse geführt, Reparationsangebot zu machen. Großbritannien sichte eine politische Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent und wolle daher jedes vernünftige Angebot Deutschlands unterstützen. Aus London wird demselben Blatt zu der gleichen Angelegenheit gemeldet: Nachrichten aus Berlin besagen, daß Deutschland sich vorbereite, ein direktes Angebot an Frankreich zu machen. Der neue Plan beziehe sich auf die Linie, wie sie in den Loucheurschen Vorschlägen entwickelt wurden. Insbesondere werde Deutschland sich bereit erklären, die französischen, italienischen und belgischen Schulden an Amerika und England zu übernehmen, falls Frankreich sich mit kleineren Reparationszahlungen begnügen wolle.

Gegen einen neuen Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit. Eine deutsche Protestnote.

Berlin, 11. April.
Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz hat an den Präsidenten der Interalliierten Rheinlands-Kommission folgende Note gerichtet:
„Die Interalliierte Rheinlands-Kommission hat mich mit Schreiben vom 25. Januar 1923 Nr. 3540/HCITR erwidert, daß für die deutschen Behörden der Delegierten der Rheinlands-Kommission von jeder beabsichtigten Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Befragung der Rheinlande teilnehmenden Mächte vorher Kenntnis geben, und daß im Falle der Ergreifung auf solcher Tat der Beschuldigte sofort dem Bureau des Delegierten zur Prüfung der Angelegenheit vorgeführt wird. Die Reichsregierung hat mich beauftragt, darauf folgendes zu erwidern:
Die Interalliierte Rheinlands-Kommission stützt ihre Anordnung auf ihre Anweisung Nr. 2. Diese Anweisung bestimmt aber lediglich, daß dem Delegierten von solchen gerichtlichen Verhaftungen und Verhaftungen Kenntnis zu geben ist, die eine Störung der öffentlichen Ordnung und damit eine Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsarmee zur Folge haben könnten. Die jetzige Anordnung der Interalliierten Rheinlands-Kommission geht somit in zwei Punkten weit über die Bestimmungen der Anweisung 2 hinaus, indem sie 1. unterstellt, daß jede Verhaftung eines Staatsangehörigen der zur Befragung gehörenden Mächte geeignet sei, eine Störung der öffentlichen Ordnung und damit eine Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsarmee zur Folge zu haben, 2. vorschreibt, daß dem Delegierten vorher von der beabsichtigten Verhaftung Kenntnis zu geben, und daß bei Ergreifung auf solcher Tat der Beschuldigte dem Delegierten zur Prüfung der Angelegenheit vorgeführt sei.
Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß es sich bei der Unterstellung, jede Verhaftung eines Staatsangehörigen der an der Befragung teilnehmenden Mächte bedeute eine Gefährdung der Sicherheit der Armee, um eine reine Fiktion handelt, die mit der Wirklichkeit in keiner Weise im Einklang steht. In der Praxis kommt die Anordnung der Interalliierten Rheinlands-Kommission auf einen schweren Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit hinaus, die durch die Bestimmungen der Rheinlands-Kommission nicht gerechtfertigt werden kann. Das Ergebnis der Anordnung würde darin bestehen, daß die sich im besetzten Gebiet aufhaltenden Ausländer, soweit sie zu den an der Befragung teilnehmenden Mächten gehören, auf dem Gebiete der Strafgerichtsbarkeit in einem Umfang unter der besonderen Protection der Interalliierten Rheinlands-Kommission ständen, wie es sonst nur in minder kultivierten Staaten unter der Herrschaft der sogenannten „Kapitulationen“ der Fall ist. Die Reichsregierung erhebt gegen diesen rechtswidrigen Eingriff in die deutsche Gerichtsbarkeit nachdrücklich Protest.“

Schwere Geldbuße für Duer.

Duer, 11. April.
An der Bahnunterführung am Egerplatz, die einen Teil der militarisierten Straße nach Reddinghausen bildet, wurde gestern nach einer Sprengung vorgenommen, durch die ein Gleis zerstört wurde. Die Franzosen sind mit der Ausbesserung beschäftigt. Über die Stadt ist wegen der Sprengung eine Buße von 50 Mill. M. verhängt worden.

Schutz dem Landesverräter.

Köln, 11. April.
Anfang März war der Bürgermeister Schmitz der Stadt Cöchem von der interalliierten Rheinlands-Kommission ohne besonders ersichtlichen Grund ausgewiesen worden. Von deutscher Seite angestellte Ermittlungen bestätigten bald die Vermutung, daß Schmitz einem gemeinen Denunzianten zum Opfer gefallen war.